

# Die gezinkten Karten der Finanzministerin

Wie Eveline Widmer-Schlumpf mithilfe von Intrigen und Postenschacher in die Geschichte eingehen will

Von Dominik Feusi, Bern

Es war eine überraschende Meldung, aber nur auf den ersten Blick. Der Bundesrat hat am vergangenen Mittwoch bei der Revision des Steueramtshilfegesetzes auf eine in der Vernehmlassung umstrittene Regelung verzichtet.

Ursprünglich wollte Eveline Widmer-Schlumpf einem Land auch dann Auskunft über Steuerpflichtige leisten, wenn dessen Gesuch auf Angaben beruht, die ursprünglich von einem Drittland gestohlen worden sind. Konkret ging es um Indien, das Daten aus Frankreich erhalten hatte, welche die Franzosen illegal in Genf beschafft hatten. Widmer-Schlumpf ging dem Vernehmen nach bereits mit dem Antrag in den Bundesrat, auf diese umstrittene Regelung zu verzichten. Hat die Finanzministerin also aus dem Debakel mit der Lex USA in der Sommersession gelernt?

## Konzession auf Nebenschauplatz

Daran darf gezweifelt werden. Aus dem Umfeld des Bundesrats heisst es, diese Einsicht sei eher die Ausnahme von der grundsätzlichen Regel, dass Widmer-Schlumpf gegen jeden Widerstand für Zugeständnisse an internationale Entwicklungen arbeite. Zu dieser Überzeugung muss auch kommen, wer sich die Botschaft über die Steueramtshilfe genauer anschaut. Widmer-Schlumpf hat nur in einem einzigen kritisierten Punkt nachgegeben (Artikel unten rechts). Und bereits ist die nächste Konvention in Steuersachen unterzeichnet worden. Darin ist vorgesehen, dass Schweizer Steuerbeamte «spontan» ausländische Kollegen informieren sollen, wenn sie vermuten, dass ein im Ausland Steuerpflichtiger zu wenig bezahlt.

Hinzu kommt: Ob die Haltung, dass gestohlene Daten nicht verwendet werden dürfen, zu halten ist, wird von Juristen mit Grund bezweifelt. Denn innerhalb der Schweiz dürfen solche Daten gemäss Entscheid des Bundesgerichts verwendet werden. Die OECD kennt diesen Entscheid und dürfte darum das gleiche Recht verlangen. Damit ist vorgezeichnet, dass die Finanzministerin eines Tages schulterzuckend vor den Medien ausführen wird, man habe jetzt halt doch der Rechtshilfe bei gestohlenen Daten zustimmen müssen.

## Widmer-Schlumpfs Mission

Eveline Widmer-Schlumpf sehe sich als die grosse «Aufräumerin» des Finanzplatzes und verwende den internationalen Druck für ihre persönliche Mission, statt das Gesamtwohl und die politischen Abläufe der Schweiz im Auge zu behalten, heisst es aus dem Umfeld des Bundesrats. Dazu dienen ihr das Finanzdepartement, Expertenkommissionen und nicht zuletzt ihre Partei, die BDP. Sogar die sonst eher zurückhaltende NZZ bezichtigte die Bündnerin, sie spiele «mit gezinkten Karten». Damals ging es um ihre mit dem Bundesrat nicht abgesehenen



Den Schweizer Finanzplatz in die Tasche stecken. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf auf ihrer Mission. Foto Keystone

## Das Expertengremium der gehorsamen Kopfnicker

Widmer-Schlumpf holt Bankgeheimnis-Kritiker in die Kommission

Von Dominik Feusi, Bern

Ende November tritt sie zum ersten Mal zusammen, die «Expertengruppe zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie». Sie hat offiziell die Aufgabe, die «Rahmenbedingungen und Zukunftsperspektiven des Finanzplatzes» zu analysieren und Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Tat das nicht schon die «Kommission Brunetti» im Sommer? Die Mehrheit dieser Kommission aus Wissenschaft und Verwaltung empfahl entsprechend den Intentionen der Finanzministerin, die Schweiz solle den automatischen Informationsaustausch schon anbieten, bevor er internationaler Standard sei. Eine Minderheit war anderer Meinung. Das dürfte nun nicht mehr passieren. Die Mitglieder der jetzt gewählten Expertenkommission bilden eine Begräbniskommission für das Bankgeheimnis.

Aus der zurückhaltenden Minderheit der ehemaligen Brunetti-Kommission ist dem Vernehmen nach niemand mehr dabei.

## Keine Verfechter der Privatsphäre

Die Vertreter der Privatwirtschaft stehen dem Bankgeheimnis kritisch gegenüber. CS-Chef Urs Rohner will proaktiv, also vorausseilend, mitmischen. Genauso Patrick Odier, Präsident der Bankiervereinigung. BLKB-Chef Beat Oberlin qualifizierte sich vermutlich für das Mandat, indem er in der «Tageswoche» verlauten liess, der Informationsaustausch würde «gut zu unserer Philosophie passen». Die neue Vertreterin der Wissenschaft, die Berner Rechtsprofessorin Susan Emmenegger, ist mehr als Bankenkritikerin denn als Finanzmarktexpertin bekannt. Einen einflussreichen Verfechter des Bankgeheimnisses sucht man vergebens.

## Das nächste Debakel am Horizont

SVP, FDP und CVP bleiben ablehnend gegenüber der Revision der Amtshilfe

Von Dominik Feusi, Bern

Die Auseinandersetzung über die Revision der Steueramtshilfe dürfte für Eveline Widmer-Schlumpf hart werden. Die bürgerlichen Parteien inklusive CVP sind mit dem Entgegenkommen des Bundesrats vom vergangenen Mittwoch nicht zufrieden. Zwar schlägt der Bundesrat nicht mehr vor, auch bei gestohlenen Daten einem Drittland Rechtshilfe zu leisten. In anderen umstrittenen Punkten blieb der Bundesrat jedoch bei seiner Linie – und übergang die in der Vernehmlassung geäusserte grundsätzliche Kritik.

So soll weiterhin nicht genau geklärt werden, was die «Gruppensuchen», also die Rechtshilfe über eine Vielzahl von Steuerpflichtigen, genau beinhaltet und was nicht. In der verabschiedeten Botschaft heisst es weiter, dass die Definition «nicht abschliessend» sei. Doch genau das hatten SVP,

Sololäufe zum automatischen Informationsaustausch. Dabei schickte sie nicht selten ihre Partei vor, um am Bundesrats-Kollegium vorbei ihre Ideen für einen Informationsaustausch salonfähig zu machen. Ein Fraktionsprotokoll der BDP zeigte zudem, wie willfährig sich ihre Partei von ihr für diese Spiele vereinnahmen liess.

Ihre Karriere ist gepflastert mit abgekarteten Spielen, nicht erst seit der Intrige, die zu ihrer Wahl in den Bundesrat führte. Widmer-Schlumpf behauptete vor einem Jahr in der «Zeit», in Graubünden werde im Gegensatz zu Bern «mit offenem Visier» gekämpft. Das beschönigt die Wirklichkeit. Wer im Heimatkanton der Finanzministerin nachfragt, erfährt, dass es schon bei der ersten Kandidatur für eine Richterstelle «böses Blut» gegeben habe, weil eine andere Person es wagte, Widmer-Schlumpf herauszufordern. Ihr Weg in den Staatsdienst sei vom Vater vorgezeichnet und mit «Zuckerbrot und Peitsche» abgesichert gewesen.

Und da war eine Steuererhöhung, die Widmer-Schlumpf als Finanzdirektorin forderte und ihre Parteikollegen in der Geschäftsprüfungskommission ablehnten. Der Sekretär der Kommission war auch noch Widmer-Schlumpf unterstellt und wurde bei nächster Gelegenheit ausgemustert. Im Moment versucht die BDP Graubünden, den Präsidiumsposten bei der Graubündner Kantonbank zu retten. Entweder für Widmer-Schlumpfs Ziehtochter und jetzige Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner, oder für Widmer-Schlumpf selber. In der Bank befürchtet man für diesen Fall den Verlust an Kundengeldern.

## Posten für Gehorsam

Ihr Personalverbrauch als Justizministerin ist legendär. Mehr als ein Dutzend Kaderleute waren ihr nicht genehm. Gleichzeitig hält sie treu an Leuten fest, die ihr gehorsamst zudienen. Im Bundesamt für Migration (BfM) diene ihr beispielsweise Vizedirektorin Eveline Gugger Bruckdorfer als «Horchposten» gegen «innere Feinde», wie sich ein Insider ausdrückt. Die Frau wurde von Bundesrätin Sommaruga rasch entlassen, offiziell «im gegenseitigen Einvernehmen», inoffiziell, weil sie fachlich wie Führungsmässig überfordert war. Im ihr unterstellten Vollzug der Asylpolitik hinterliess sie ein Desaster, von dem sich das BfM nur langsam erholt.

Doch jetzt wird die treue Dienerin Gugger von Widmer-Schlumpf mit einer neuen Stelle belohnt. Sie ist seit 1. Oktober Vizedirektorin in der Eidgenössischen Zollverwaltung und bezieht dort 17 000 Franken Monatslohn. Auf eine Frage des Zürcher SVP-Nationalrats Christoph Mörgeli bestätigte der Bundesrat, dass die Anstellung vom Finanzdepartement genehmigt worden sei. Es halten sich aber hartnäckig Gerüchte, wonach Widmer-Schlumpf selber in die Stellenbesetzung eingegriffen habe.

## Kommentar

### Schweizer Standards

Von Dominik Feusi, Bern

Eveline Widmer-Schlumpf ist auf einer Mission. Die Finanzministerin wird nicht müde zu betonen, ihr gehe es bei der Weiterentwicklung des Finanzmarktes lediglich darum, internationale Standards einzuhalten, um den Marktzugang für Schweizer Finanzinstitute nicht zu gefährden.

Sie nimmt dabei die Verletzung von Schweizer Rechtsgrundsätzen billigend in Kauf. Das war bei der Lex USA der Fall und ist jetzt beim Steueramtshilfegesetz so vorgesehen. Gleichzeitig zu dieser Vorlage hat die Schweiz schon die nächste internationale Konvention unterzeichnet. Internationale Standards sind Widmer-Schlumpf wichtiger als Schweizer Rechtsgüter. Und sie holt Gesinnungsgenossen in ein Expertengremium, um diese Haltung zu untermauern. Kritische Auseinandersetzung scheint nicht erwünscht. Die eigentliche strategische Frage ist aber nicht, wie die Schweiz sich möglichst effektiv dem internationalen Trend zum gläsernen Bürger im übermächtigen Staat und dessen finanzieller Repression unterzieht. Die Frage ist vielmehr, welche Rahmenbedingungen der Finanzplatz gerade in den zweifellos anbrechenden Zeiten des staatlichen Raubrittertums auf private Vermögen benötigt, um für Kunden attraktiv zu sein. Das wären gerade nicht die ohne demokratische Legitimation von Funktionären ausgehandelten internationalen Standards, sondern die Schweizer Standards von maximaler Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit, ohne rückwirkende Normen und Ausschaltung von Beschwerderechten. Und dazu gehört auch eine berechenbare und pragmatische Rechtssetzung, bei der nicht eine Revisionsvorlage die nächste jagt.

dominik.feusi@baz.ch

